

für Bildungsabende festgelegten Tage auch andere Veranstaltungen der Partei durchgeführt, worunter der Besuch der Abende natürlich sehr leidet. Einer der größten Mängel ist die noch immer zu späte Lieferung der Bildungshefte. Unsere Vertriebsstellen müssen diesen Mangel beseitigen, damit die Genossen das Bildungsheft zur rechten Zeit in den Händen haben. Helfen wir so an allen Stellen mit, Schwächen unserer Bildungsarbeit zu beheben, dann werden auch die entsprechenden Beschlüsse des Parteivorstandes ohne Einschränkung in die Tat umgesetzt werden können.

K. Schn.

Hier spricht ein Schnlungsleiter

Aus meinen ziemlich reichen Erfahrungen in der Schulungsarbeit möchte ich zu einigen Fragen Stellung nehmen, die im „Neuen Weg“ Nr. 7 angeschnitten wurden. Vom April 1946 bis zum heutigen Tage habe ich zwei Kreisschullehrgänge, fünf Gebietsschullehrgänge und vier Bezirksschullehrgänge neben vielen Wochenendkursen und Kurzlehrgängen durchgeführt. Meine Methode des Arbeitens war von Anfang an auf die Verbindung von Theorie und Praxis gerichtet. Dies war mir aber tatsächlich nur möglich, weil ich neben meiner Funktion als Kreis- oder Bezirksschulleiter auch in der praktischen Parteiarbeit stand. Diese bestand darin, daß ich als Instrukteur mit verschiedenen Kreisen und dabei natürlich mit den Betrieben und Ortsgruppen in engere Berührung kam und mir dort die wertvollsten Anregungen für die praktische Schulungsarbeit holte.

Damit stehe ich schon mitten in der Diskussion darüber, daß ein Seminar- oder Schulleiter kein Eremitendasein führen darf. Ich muß hierzu allerdings leider feststellen, daß ich nie oder nur selten zu irgendwelchen wichtigen Parteikonferenzen oder Sitzungen herangezogen wurde und deshalb auch nicht immer mit der geplanten Politik der Partei und mit der Auswertung irgendwelcher Aktionen innerhalb der Partei vertraut sein konnte. Dies müßte sich natürlich in vielen Fällen auf die Schulungsarbeit negativ auswirken. Trotzdem ich mich an die zuständigen Parteiinstanzen wandte, wurde dieser Mißstand nur in sehr ungenügendem Maße behoben. Meiner Meinung nach müßte die Direktive zur Heranziehung der Genossen Schulleiter zu den wichtigsten Konferenzen usw. einmal direkt vom Parteivorstand ausgehen.

Eine andere Frage ist die Heranziehung der Schulleiter, Kreisschulleiter und Lektoren zu Kurskursen zwecks Überprüfung ihres Wissens und zum Austausch über gemachte methodische Erfahrungen. Bisher sind die Genossen Schulleiter im Land Sachsen nur einmal zu Beginn der Gebietschulen in einen zehntägigen Kursus in Dresden und seitdem nicht wieder zusammengefaßt worden. Die wertvollen Anregungen, die wir damals in Dresden erhielten, sind versiegt und zum großen Teil überholt. Gelegentlich eines Zusammentreffens mit dem Bezirksschulleiter des Bezirks Zwickau habe ich eine große Unterschiedlichkeit in der Durchführung der methodischen Arbeit einerseits und in der Themenzusammenstellung andererseits festgestellt. Natürlich wirkt sich diese Uneinheitlichkeit auch auf die Schüler nicht gut aus.

Eine weitere Frage ist die Qualität des Unterrichts und die Qualität der Hörer. Meine Erfahrungen haben mich überzeugt, daß die Einstellung von festen Lektoren oder Arbeitsgemeinschaftsleitern unbedingt notwendig ist. Nehmen wir z. B. eine Bezirksparteischule. In ihr bestehen meinetwegen sechs Arbeitsgemeinschaften. Die Bezirksparteischule verlangt schon auf Grund des erhöhten Niveaus eine gewisse Qualität von Genossen. Wenn es dort aber nur einen Schulungsleiter gibt, der gleichzeitig für die gesamte Schule verantwortlich ist, dann kann dieser keine genaue Übersicht über den Stand der Arbeitsgemeinschaften haben. Die provisorisch eingesetzten Arbeitsgemeinschaftsleiter sind den auftauchenden Fragen in den meisten

Fällen nicht in vollem Maße gewachsen, da sie selbst nur Schüler sind, so daß hier leicht gerade das Gegenteil des gewünschten Zweckes erreicht werden kann. Die Qualität der Hörer, die Auswahl der Genossen, die die Schule besuchen sollen, darf nicht nur den Orts- oder Betriebsgruppen überlassen sein, sondern hier muß die höhere Parteiinstanz ein Wort mitsprechen.

Zu dem Artikel „Erfüllen die Kreisparteischulen ihre Aufgaben?“ („Neuer Weg“, Nr. 7) muß ich sagen, daß die darin angeführte dritte Anregung auch die Methodik meiner Arbeit innerhalb der Arbeitsgemeinschaften war. Einen weiteren Vorschlag möchte ich jedoch hierzu noch machen: Bei Lehrgängen, die z. B. während einer Wakkampagne abgehalten wurden (dies gilt natürlich auch für alle anderen Aktionen), ließ ich nicht nur Kurzreferate zu der Kampagne halten und Kollektivkritik daran üben, sondern stellte der Arbeitsgemeinschaft im Zusammenhang damit konkrete Aufgaben, wie die Durchführung einer Häuserblockversammlung mit Teilnehmern der verschiedenen sozialen Schichten und Angehörigen der verschiedenen Parteien. Dabei legte ich den größten Wert darauf, daß unseren Genossen bei der Diskussion die vorangegangene theoretische Schulung als Stärke zur Aufschlüsselung der praktischen und aktuellen Fragen dienen konnte.

Außerdem führe ich eine Zeitungsschau nach folgenden Gesichtspunkten durch: Jeden Tag erhält ein anderer Schulungsteilnehmer die Aufgabe, sich mit der Politik der nationalen oder internationalen Seite der Zeitung zu beschäftigen, um dann an Hand dieser Informationen vor der gesamten Gemeinschaft einen kurzen Überblick über aktuelle Tagesfragen geben zu können. Dies hat sich sehr fruchtbar ausgewirkt.

Zum Schluß sei hier noch eine Anregung technischer Natur gegeben. Meiner Meinung nach wäre eine Zusammenfassung der Verwaltungsgenossen der Schulen (z. B. der Küchenchefs) notwendig, um einen Erfahrungsaustausch über die praktischste Versorgung der Schulen zu ermöglichen. Ich glaube, daß dadurch in Zukunft auch viele zutage getretene Mängel vermieden werden könnten.

Kurt Kühn,

Leiter der Bezirksparteischule Meinersdorf

Я ил ни Zwei - Zonen - Abkommen

In Übereinstimmung mit dem Willen der Mehrheit unseres Volkes erklären wir ausdrücklich, daß weder ein Zwei-Zonen-System noch ein Bundesstaats-System, noch eine andere föderalistische oder gar separatistische Regelung die Zustimmung unseres Volkes finden kann. Unser Volk will ein einiges demokratisches Deutschland.

Deshalb schlagen wir unserem Volke vor, eine große antifaschistisch-demokratische Volksbewegung in ganz Deutschland zu schaffen durch eine Volksabstimmung: für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und gegen den Föderalismus; für eine volksparlamentarische Ordnung, in der die Volksvertretung die oberste gesetzgebende und kontrollierende Körperschaft ist; für die Sicherung des Friedens und der Demokratie; für die Enteignung der Konzerne, der Syndikate, der Großbanken und des Großgrundbesitzes über 100 ha.

Wir ersuchen weiter die Alliierte Besatzungsbehörde, entsprechend den Potsdamer Beschlüssen, die Schaffung deutscher Zentralverwaltungen zu erlauben, die die Denazifizierung in allen Gebieten Deutschlands zu Ende führen und die wirtschaftlichen und demokratischen Aufgaben für ganz Deutschland koordinieren und leiten.

Wir fordern unser Volk in allen Teilen Deutschlands auf, seine Stimme zu erheben für eine solche Demokratisierung Deutschlands und für die Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit.